

17. SEP. 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/178

Bonn, den 16. September 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Zerstrittene "Koalition" - bis zur letzten Minute <u>Das Fernsehen bringt es an den Tag</u>	45
2	<u>Unsere junge Generation</u> Aufgeschlossen und diskutierfreudig	53
3	<u>Das Problem bleibt</u> Aufgeatmet ist nicht aufgeschoben - Bonn und Paris	47
4	<u>Übericht weiterhin Hausknecht</u> Moskau bleibt der Hauptadressat in der Deutschlandfrage	29
5	<u>An Schalthebel der Kontrolle</u> Sozialdemokraten im Haushaltsausschuß des "vierten Bundestages" Hans Hermsdorf - Nikolaus Jürgensen Von H. G. Ritzel	45
6	<u>"Deutschland ist an der Entspannung interessiert"</u> Was uns verbindet: gleiche Interessen, gleiche Ideale Auszüge aus dem Buch "Brandt-Reder"	49

Zerstritten bis zur letzten Minute

Das Fernsehen bringt es an den Tag

sp - Die Streitigkeiten im Lager der bisherigen Regierungsparteien CDU/CSU und FDP sind in den letzten Tagen vor der Wahl Diskussionsgegenstand in zahllosen Wahlversammlungen. Aus der ganzen Bundesrepublik haben uns Meldungen erreicht, aus denen hervorgeht, daß besonders die Montagsendung des Ersten Deutschen Fernsehens, REPORT, mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden B a r z e l, dem FDP-Vorsitzenden und Vizekanzler M e n d e, dem CSU-Abgeordneten von Guttenberg und dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Herbert W e h n e r den letzten Anstoß zu diesen Diskussionen gegeben hat. Gerade in kleineren Versammlungen, wo die Kandidaten Wert auf Tischgespräche mit den Versammlungsteilnehmern legen, steht das Thema "Zerrissenheit im Regierungslager" an erster Stelle der Unterhaltungen.

Hierbei ist eine Beobachtung aufschlußreich. Versammlungsbesucher, die keineswegs auf irgendeine Partei festgelegt sind, stellen die Frage, wer in der Bundesrepublik während der vergangenen Jahre eigentlich regiert hat. Man argumentiert etwa so:

- * Wenn sich die Spitzenleute der Regierungsparteien schon vor
- * Millionen Fernsehzuschauern so gräßlich in die Haare geraten,
- * wie mag es dann erst in einer Kabinettsitzung oder Koalitions-
- * beratung aussehen, die bekanntlich hinter verschlossenen
- * Türen stattfinden?

Von dieser Frage bis zu der Feststellung, daß eine so hoffnungslos zerstrittene "Koalition" überhaupt nicht regieren kann, ist es dann nicht weit.

Für die politische Reife der Bürger unseres Landes spricht auch die Tatsache, daß derartige Fragen und Feststellungen meist ohne jeden Anstoß von Seiten des Versammlungsleiters oder eines Gegners der noch amtierenden Bundesregierung und der sie tragenden Parteien aufgeworfen werden. In der logischen Fortsetzung ergibt sich dann selbstverständlich auch die nächste Frage, ob denn Politiker, die so hoffnungslos zerstritten sind und die sich schon vor Millionen Fernsehzuschauern mit hintergründigen Verdächtigungen attackieren, überhaupt ahnen, was man im Volk von ihnen hält. Anstatt wirklich sachbezogen miteinander zu diskutieren - so wird immer wieder besonders in den kleineren Versammlungen während der letzten Tage gesagt - durchbricht man die nach außen zur Schau gestellte Koalitionseinknirschigkeit und verhindert dadurch den Einblick in die Vorstellungen dieser oder jener Partei, wie sie die Aufgaben der Zukunft zu meistern gedenkt.

Diese und ähnliche Kritiken besagen jedoch nicht, daß die Versammlungsbesucher eine sachliche und gutfundierte Auseinandersetzung über eine bessere Politik nicht wünschen. Im Gegenteil, überall dort, wo Meinungsverschiedenheiten etwa über die Frage der Stabilität der Währung, einer wirkungsvollen Deutschlandpolitik oder einer modernen Bildungs- oder Gesundheitspolitik auftreten, ist man dankbar auch für harte Argumente. - Das ist erfreulich, weil auf diese Weise eine beachtliche Aufklärungsarbeit geleistet werden kann.

Unsere junge Generation

Aufgeschlossen und diskutierfreudig

sp - Knapp drei Millionen Wähler werden am 19. September zum erstenmal bei einer Bundestagswahl von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen können. Es sind dies die jungen Menschen, die keine Erinnerung mehr an die schrecklichen Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg haben. Für sie sind Krieg, Hitlerdiktatur und die Hungerjahre vor der Währungsreform bereits Geschichte; sie kennen die Ereignisse der damaligen Zeit nur vom Hörensagen.

Eines der erfreulichsten Zeichen des jetzt zu Ende gehenden Wahlkampfes zum 5. Deutschen Bundestag ist die Tatsache, daß gerade diese jungen Menschen in vielen vielen Versammlungen und Kundgebungen zu den aufmerksamsten Zuhörern gehören. Übereinstimmend haben die Parteizentralen von ihren Parteigliederungen im Lande erfahren können, daß die jungen Menschen im Durchschnitt fast überall ein Drittel der Versammlungsteilnehmer stellen. Das ist eine beachtliche Zahl, wenn man bedenkt, daß noch vor wenigen Jahren allgemein die politische Interesslosigkeit der Nachkriegsgeneration beklagt wurde.

Aber nicht nur die Anzahl junger Versammlungsteilnehmer ist ein gutes Zeichen für die Bereitschaft der jungen Generation, sich in das politische Geschehen verantwortungsbewußt einzuschalten. Man konnte in den vergangenen Wochen oft beobachten, daß es gerade die jungen Menschen waren, die sich am eifrigsten an den Diskussionen beteiligten, als Freigänger in Erscheinung traten und meist durch ihre Fragen verrietten, wie groß ihr Sachverstand ist. Daß sich gelegentlich auch jugendliche Hitzköpfe mit Pfiffen oder deplazierten Zwischenrufen bemerkbar machten, ist nicht tragisch. Wer als junger Mensch zu politischen Versammlungen geht, dem sollte man nicht immer gleich mit erhobenem Zeigefinger gegenüber treten, wenn er einmal über die Stränge schlägt. Ältere Versammlungsbesucher sind mitunter auch nicht feiner, besonders dann nicht, wenn sie sich darin gefallen, einen Redner mit billigen Schlagworten zu stören oder die von ihm vertretene Partei mit häßlichen Unterstellungen zu diffamieren.

Wo dies im Übrigen gelegentlich geschah, waren es gerade die jüngeren Versammlungsteilnehmer, die sich derartige Störungen verboten und meist durch unmißverständliches Verhalten gegenüber den Störenden dafür sorgten, daß bald wieder Ruhe eintrat.

Kein Zweifel, im Vergleich zu den Wahlkämpfen in der Weimarer Republik oder zu den Wahlauseinandersetzungen von 1953, 1957 und 1961 ist diesmal der Wahlkampf, von einigen Ausnahmen abgesehen, so gewesen, daß der Bürger sich tatsächlich orientieren konnte.

Vielleicht ist dies auch auf das noch vor Monaten gelegentlich belächelte und verspottete Fairness-Abkommen unter den Parteien zurückzuführen. Natürlich waren auch trotz dieses Abkommens einige Entgleisungen zu verzeichnen; aber dort, wo ihre Urheber festgestellt werden konnten, hat man schnell für Abhilfe sorgen können. Daß dies bei der SPD meist eher möglich war als bei anderen Parteien, ist nicht nur auf die gute sozialdemokratische Organisation zurückzuführen, sondern auch darauf, daß die SPD unter der Verhandlungsführung ihres Schatzmeisters Alfred Nau die Initiative zu diesem Novum in der deutschen Parteigeschichte ergriffen hatte. Infolgedessen fühlte sich die ganze Sozialdemokratie innerlich verpflichtet, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Auch über den Wahlkampf hinaus wird - so hoffen wir es - dieses Beispiel die Grundlage des Verhaltens der demokratischen Parteien zueinander bleiben.

Das Problem bleibt

Aufgeatmet ist nicht aufgeschoben - Bonn und Paris

G.M. - Am Mittwochabend dieser Woche atmete das offizielle Bonn hörbar auf, als bekannt wurde, daß man in Paris darauf verzichtet hätte, die Problematik der Oder-Neiße-Grenze in einem gemeinsamen Komunique zum Abschluß des Cyrankiewicz-Besuches zu erwähnen. Dieses Aufatmen ist aber nur die momentane Befreiung von einem Alpdruck, der auf der noch amtierenden Bundesregierung schon seit langem lastet. Das Problem selbst bleibt auch nach der Wahl bestehen. Die Bundesregierung hatte einfach Angst, daß sie kurz vor der Wahl schriftlich bestätigt bekommen würde, was sie zwar schon weiß, was sie aber nie auszusprechen wagte.

Willy Brandt hatte Recht, als er am Mittwoch in seiner Pressekonferenz sagte, es wäre die Pflicht der Bundesregierung gewesen, schon bei Abschluß des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages die Haltung von Paris zur Oder-Neiße-Grenze eindeutig zu klären. Diese Klärung bleibt in jedem Fall der neuen Bundesregierung auch nach dem 19. September als eine der vielen nicht erledigten Aufgaben vorbehalten.

Auch das Verhältnis Frankreichs zur EWG muß nüchtern und mit Sachverstand im Rahmen der demnächst zwischen Paris und Bonn wieder aufzunehmenden Konsultationen besprochen werden. Auch hier wird es notwendig sein, illusionslos berechnete deutsche und französische Interessen miteinander in Einklang zu bringen und darüber hinaus auch die Interessen der übrigen EWG-Partner zu berücksichtigen. Es ist ja nicht etwa so, daß man in Bonn oder Brüssel nicht gewußt hätte, wie sich der französische Staatspräsident die weitere Entwicklung der europäischen Integration vorstellt. In Gegenteil, de Gaulle hat oft genug und sehr laut gesagt, daß er die Supranationalität nicht wünscht. Nach seiner Pressekonferenz in der vergangenen Woche wird offener denn je mit dem befreundeten Frankreich gesprochen werden müssen, um zu prüfen, ob die Grundlage des bisher in Europa Erreichten erhalten werden kann.

Was wir darüber hinaus in unserem eigenen Haus zu regeln haben, ist jetzt auch klar. Der deutschen Öffentlichkeit muß endlich erläutert werden, warum der noch amtierende Bundeskanzler Erhard - zuletzt noch nach den "Kamingsgesprächen" in Rambouillet - und sein Vorgänger Dr. Adenauer unzählige Male erklärt haben, sie seien sich mit dem französischen Staatspräsidenten in der Beurteilung der wesentlichen Fragen, die das deutsch-französische Verhältnis, die europäische Integration und die Atlantische Partnerschaft betreffen, "völlig einig". Diese Behauptungen entsprachen - wie wohl jetzt ohne Beschönigung gesagt werden darf - einfach nicht den politischen Realitäten; sie waren eine gewollte Selbsttäuschung.

Ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich ist und bleibt die Grundlage einer guten europäischen Politik. Man kann aber dieses Verhältnis nicht verbessern, wenn man "Einnütigkeit" vorgaukelt und so tut, als könne man immer über Meinungsverschiedenheiten hinwegreden. Ein solches Verhalten stört im privaten Bereich ein nachbarliches Verhältnis, und es kann zwischen Regierungen oder Völkern zu ernstesten Erschütterungen führen.

Ulbricht weiterhin Hausknecht

Moskau bleibt der Hauptadressat in der Deutschlandfrage

sp - Vor 10 Jahren, am 20. September 1955, erklärte die Sowjetunion, die "Deutsche Demokratische Republik" sei ein souveräner Staat. Dadurch wurden vorzüglich die Konturen der Spaltung Deutschlands verschärft. Vor nun ab sollte nach Auffassung der Sowjets kein Zweifel mehr über die Existenz zweier deutscher Staaten bestehen.

Dieser Schachzug des Kreml hat ihm nicht den erhofften Erfolg gebracht. Ulbricht und seine Epigonen haben durch ihr lakonisches Verhalten ihm gegenüber immer wieder unfreiwillig glaubhaft gemacht, daß sie weiterhin die Rolle des Hausknechts und nicht die des Hausherrn spielen. Wer souverän sein will, muß sich auch souverän verhalten.

Die sowjetischen Führer ließen allerdings im Hinblick auf ihre Vormachtstellung in Mitteldeutschland nie einen Zweifel aufkommen. Daran hat auch die erwähnte "Souveränitätserklärung" nichts geändert.

Für die SPD ergibt sich daraus, daß die Sowjetunion weiterhin der östliche Adressat ist, an dem die Grundzüge der von einer SPD-Regierung in Übereinstimmung mit unseren Verbündeten ausgearbeiteten friedensvertraglichen Regelungen gerichtet sein müssen. Das schließt eine aktive Ostpolitik gegenüber anderen kommunistischen Staaten, vor allem in Europa, keinesfalls aus. Im Gegenteil, sie stellt eine sinnvolle Ergänzung dar, die geeignet ist, Ulbricht innerhalb des Ostblocks stärker als bisher zu isolieren. Besonders die Bewegung mit ihren nationalen Akzenten, in die das kommunistische Lager geraten ist, bietet dafür verbesserte Voraussetzungen.

Es kennzeichnet jedoch die tatsächliche Position der herrschenden Schicht in Mitteldeutschland, daß sie versucht, alle gegen die Sowjetunion gerichteten Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterdrücken. Dabei hätte sie gerade in der Gegenwart gute Gelegenheiten, die angebliche Souveränität ihres Regimes unter Beweis zu stellen.

Am Schalttisch der Kontrolle

Sozialdemokraten im Haushaltsausschuß des vierten Bundestages

Hans Hermsdorf

Wenn Erich Ollenauer im Parteivorstand, in der Bundestagsfraktion oder in Versammlungen in Erscheinung tritt, begleitet ihn fast immer ein agiler, jüngerer Mann, der bald als seine rechte Hand, bald als sein unvermeidlicher Schatten erscheint. Es war Hans Hermsdorf, der seit 1949 persönlicher Referent des Partei- und Fraktionsvorsitzenden Erich Ollenauer bis zu dessen Tode war. Dem Bundestag gehört Hans Hermsdorf seit 1953 an. Sein scharfer Verstand, seine rasche Auffassungsgabe, die Fähigkeit schnell und treffend zu formulieren und in kurzer Zeit den Kern einer Sache zu erfassen, machte Hans Hermsdorf so recht geeignet zum sozialdemokratischen Mitglied des Haushaltsausschusses. Hier erwarb er sich nicht nur rasch das Vertrauen seiner politischen Freunde, sondern auch die Achtung seiner politischen Gegner. Hans Hermsdorf, nach 1945 Bürgermeister in Chemnitz, mußte die Zone im März 1946 als Gegner der Verschmelzung von SPD und KPD verlassen. Von 1946 bis 1949 war Hans Hermsdorf Zentralsekretär der Jungsozialisten. Heute ist er der Vertreter des Wahlkreises 32 in Niedersachsen (Cuxhaven - Hadeln - Wesermünde). Im Haushaltsausschuß hat sich Hans Hermsdorf zum geraden Kerker wichtiger Probleme entwickelt, so der Wissenschaftsförderung, der schwierigen Fragen der Entwicklungshilfe und vor allem der Rechnungsprüfung in dem dafür bestimmten Unterausschuß des Haushaltsausschusses, dessen stellvertretender Vorsitzender Hans Hermsdorf ist. Dem überzeugten Sozialdemokraten, der in der Debatte eine scharfe Klinge zu führen vermag, sitzt trotz allem Ernst immer irgendwie der Schalk im Nacken. Er ist heute der Wahlkreisgegner des früheren Staatssekretärs von Eckardt. Hans Hermsdorf wird im Haushaltsausschuß des 5. Deutschen Bundestages mit Sicherheit eine bedeutende Aufgabe zu erfüllen haben.

Nikolaus Jürgensen

Der Geschäftsführer einer Baugesellschaft und Inhaber des Direktmandats des 20. Wahlkreises Hamburg 6, Nikolaus Jürgensen ist ein ebenso warmherziger Mensch wie kühler Rechner. Sein Leben war bis heute nicht leicht. Aus politischen Gründen in der Hitlerzeit verhaftet, jahrelang stellungslos, wirkt Nikolaus Jürgensen heute als Geschäftsführer einer großen Baugesellschaft, im Bundestag aber im besonderen als führendes Mitglied des Haushaltsausschusses und hier wiederum als Berichterstatter vor allem für den schwierigen Etat des Bundesfinanzministeriums. Zehntausende von Zollbeamten, die in diesem Etat geführt werden, haben Nikolaus Jürgensen viel zu danken. Objektiv und gerecht, aber kritisch und doch mit viel menschlichem Verständnis begabt, geht "Nick", wie ihn seine Freunde nennen, stets an seine Aufgaben heran. Der Abgeordnete Jürgensen trägt entsprechend der äußerlich kühl wirkenden Natur der Menschen von der Wasserkante sein Herz nicht auf der Zunge. Er ist einer der Stillen im Lande. Was er tut, geschieht gründlich, ohne viel Worte. Sein kritisches Erkenntnisvermögen macht Nikolaus Jürgensen zu einem wertvollen Mitglied des so schwergewichtigen Haushaltsausschusses. -

H.G. Ritzel

Was uns verbindet: gleiche Interessen, gleiche Ideale

Auszüge aus dem Buch "Erendt-Reden"

"Das Engagement der Vereinigten Staaten für Berlin und für die berechtigten Forderungen unseres Volkes ist durch den amerikanischen Präsidenten bei dessen Deutschlandbesuch unübersehbar und geradezu dramatisch unterstrichen worden. Es kam und kommt darauf an, nicht durch eigene Irrtümer etwas hiervon abstreichen zu lassen.

Wir finden die Bestätigung des amerikanischen Engagements in der Deutschland-Frage auch in der Rede Kennedys vom 20. September 1963 vor der UN-Vollversammlung in New York. Dort bezeichnete er den Glauben daran, daß es den Menschen in Deutschland und in Berlin freigestellt sein müsse, ihre Hauptstadt und ihr Land wiederzuvereinigen, als eines der zentralen Probleme zwischen Ost und West.

Es ist jedem klar, was uns verbindet: gleiche Interessen, gleiche Ideale und die gleiche Bereitschaft, für die Freiheit einzustehen. Hier von wollen wir uns bitte nicht abbringen lassen. Ich habe von Vertauen gesprochen. Das bedeutet nicht, daß man zu allem ja und amen sagt. So entspräche es nicht der Art mündiger Menschen und freier Völker. Wir müssen offen reden, wir müssen auch mit den Amerikanern offen reden. Wir dürfen keinen "toten Käfer" machen. Sondern wir müssen mitdenken, unsere eigenen Interessen vertreten, unsere eigenen Vorschläge machen.

Konkret geht es darum, an einer Politik mitzuwirken, die es sich zum Ziel gesetzt hat, weltpolitische Spannungen durch schrittweises Überwinden der Spannungsursachen zu beseitigen. Selbstverständlich müssen wir daran mitwirken. Und ebenso selbstverständlich müssen wir uns im besonderen Maße um die Überwindung jener Spannungsursachen sorgen, die auf deutschen Boden liegen.

Die von Präsident Kennedy proklamierte Strategie des Friedens ist als ein umfassender Versuch zu werten, das Verhältnis zwischen Ost und West ohne Illusionen zu ordnen. Es ist der Versuch, das atomare Gleichgewicht des Schreckens zu entschärfen und sich an die friedliche Lösung von Problemen heranzuarbeiten.

Diese Strategie zielt darauf ab, den Status quo nicht einzufrieren zu lassen, sondern ihn schrittweise abzuwandeln und zu überwinden.

Dabei müssen wir sehen, daß Rüstungskontrollen und Rüstungsbeschränkungen nur die andere Seite der einer Sicherheitspolitik sind.

Und wir müssen jenseits allen Zweifels deutlich machen, daß Deutschland an der Entspannung interessiert ist und nicht an der Aufrechterhaltung der Spannung. Zur Entspannung, die diesen Namen verdient, gehören aber eben solche Maßnahmen, die die politischen Ursachen der Spannung überwinden helfen. Und da kommt man nicht an der deutschen Frage vorbei. Wir müssen wissen, daß eine Lösung der deutschen Frage letzten Endes nur im Einvernehmen mit sowohl dem Westen wie der Sowjetunion möglich sein wird. Auch daraus ergibt sich unser Interesse an allen ernsthaften Schritten, die ein verändertes Verhältnis zwischen Ost und West zum Ziel haben. Das darf nicht mit einer weichen Weile gegenüber der Sowjetunion oder gar dem Ulbricht-Regime verwechselt werden. Es handelt sich vielmehr um das zähe, konsequente und beharrliche Vertreten unserer Interessen, im Bewußtsein um die Stärke des Westens, im Wissen um unsere gerechte Sache, aber auch in Kenntnis der die Existenz der Menschheit bedrohenden Gefahr eines nuklearen Weltkrieges."

Berliner Woche, Nürnberg, 25. September 1965